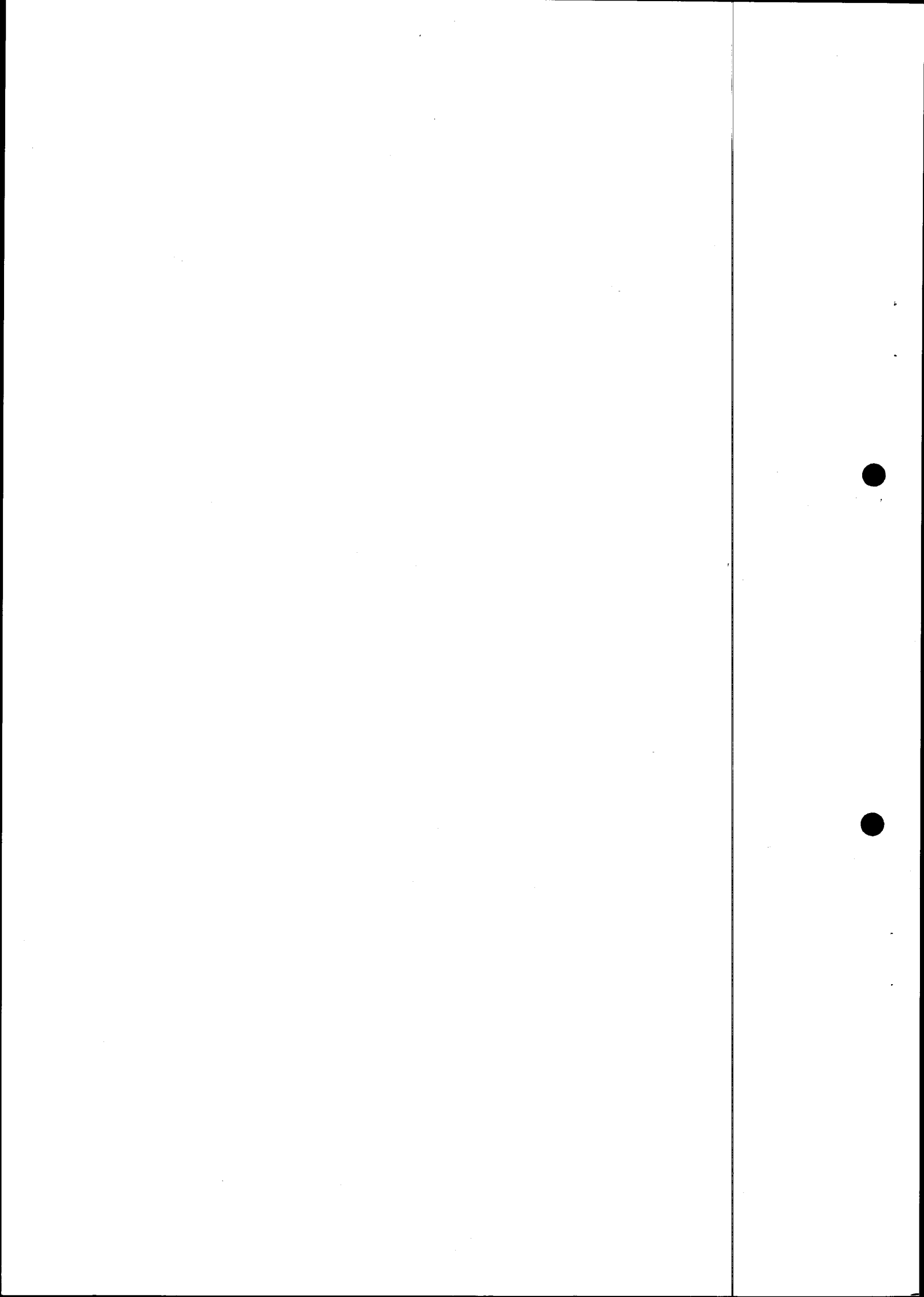


**Finanzstatusbericht
des Kreises Warendorf**



Finanzstatusbericht zum 31.07.2006

1. Entwicklung des Verwaltungshaushaltes

1.1 Einnahmen

Die Festsetzungen zum GFG 2006 (Gemeindefinanzierungsgesetz = kommunaler Finanzausgleich) ergaben bei den Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Ansatz von 21.500.000 € eine Mindereinnahme von 825.349 €.

Schlüsselzuweisungen:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	21,5	12,9	8,6	12,9	- 0,8
30.04.2006	21,5	7,7	13,8	7,7	- 0,8

Allgemeine Kreisumlage:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	74,7	43,6	31,1	43,6	-
30.04.2006	74,7	23,8	50,9	23,8	-

Jugendamtsumlage:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	20,5	12,0	8,5	12,0	+ 0,1
30.04.2006	20,5	6,8	13,7	6,8	+ 0,1

Seit dem Haushaltsjahr 2006 werden die allgemeine Kreisumlage und die Jugendamtsumlage separat veranschlagt und verbucht (Haushaltsstellen 9000.0720.0000 sowie 9000.0720.0001). Nach der Festsetzung der Umlagegrundlagen ergaben sich bei der allgemeinen Kreisumlage Mehreinnahmen von rund 10 T€ und bei der Jugendamtsumlage in Höhe von rund 135 T€.

Gebühren:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	10,2	6,3	3,9	5,4	-0,2
30.04.2006	10,2	3,8	6,4	3,3	-

Die Gebühren sind ausgewiesen ohne Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder. Bei der Haushaltsstelle 1610.1100.0000 - Benutzungsgebühren für den Rettungsdienst – werden im Vergleich zum Haushaltsansatz in Höhe von 3,8 Mio. € Mindereinnahmen i. H. v. 200 T€ erwartet. Die übrigen Gebühreneinnahmen zeigen in der Summe keine Abweichung gegenüber den Planansätzen. Mehreinnahmen bei den Zulassungsgebühren werden durch Gebührenrückgänge bei anderen Positionen (z.B. bei den Baugebühren) aufgezehrt.

Sonstige:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	2,6	1,6	1,0	1,4	+0,4
30.04.2006	2,6	1,0	1,6	0,7	+0,1

Zusammengefasst werden hier Zinseinnahmen, Schuldendiensthilfen aus Derivatgeschäften, Gewinnanteile an wirtschaftlichen Unternehmen und Buß- und Zwangsgelder sowie Stundungszinsen und Säumniszuschläge. Die Mehreinnahmen ergeben sich in erster Linie bei den Bußgeldern für Verkehrsordnungswidrigkeiten mit rund 300 T€ und den Gewinnanteilen (Radio WAF Betriebsgesellschaft GmbH & Co. KG 15 T€, Wasserversorgung Beckum GmbH 73 T€) mit + 88 T€.

1.2 Ausgaben

Sozialhilfe: (Zuschussbedarf örtl. Träger der SH)

Stand	Haushalts- Ermächtigung Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	9,2	5,4	5,6	+ 1,6
30.04.2006	9,2	3,1	3,3	+ 0,9

Beim Zuschussbedarf der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe zur Pflege werden Mehrausgaben durch erhöhte Einnahmen kompensiert. Im Rahmen des letzten Finanzstatusberichtes wurde hier noch mit einer Verbesserung gerechnet.

Bei der Eingliederungshilfe, den Hilfen zur Gesundheit und der Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) ist mit erheblichen Überschreitungen zu rechnen, die sich voraussichtlich zu einem Betrag von ca. 1,6 Mio. € summieren werden:

Unterabschnitt 4100 – Hilfe zum Lebensunterhalt	0
Unterabschnitt 4110 – Hilfe zur Pflege	- 187 T€
Unterabschnitt 4120 – Eingliederungshilfe für Behinderte	+ 426 T€
Unterabschnitt 4130 - Hilfen zur Gesundheit	+ 1.296 T€
Unterabschnitt 4800 - Krankenversorgung LAG	+ 117 T€

Die enorme Steigerung der Kosten für die Gesundheit hat die Verwaltung nicht vorhergesehen. Folgende Ursachen führen zu den erheblichen Mehrausgaben:

- Im Rahmen der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen für über 65-Jährige erhalten von den derzeit 613 Hilfeempfängern 40 Personen neben der Hilfe zur Pflege auch Krankenhilfe zu Lasten des Kreises. Im Zeitraum Juni 2005 bis Juni 2006 stieg die Fallzahl um 7 %. Nach Einführung des SGB II erhalten nur noch die Personen Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, die aufgrund ihres Alters, ihrer Behinderung oder ihres Gesundheitszustandes nicht erwerbstätig sind. Dieser Personenkreis benötigt wegen der beschriebenen Lebenssituation häufiger ärztliche Versorgung mit durchschnittlich höheren Kosten. In 2004 wurden pro Quartal im Durchschnitt für 850 Hilfeempfänger Leistungen erbracht. In 2005 waren dies 291 Personen. Der Anteil der Personen mit Anspruch auf Krankenhilfe ist also proportional nicht so stark zurückgegangen, wie die Empfänger von Sozialhilfe insgesamt; und zwar um rd. 66 % im Gegensatz zu über 90 %.

Im Sozialausschuss am 13.09.2006 wird die Verwaltung aus fachlicher Sicht zu den Ursachen und Hintergründen für die überproportionalen Steigerungen berichtet.

**Grundsicherung für Arbeitssuchende
(Bruttobelastung des Kreishaushaltes)**

Stand	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung der erwarteten Bruttobelastung Mio. €
31.07.2006	20,2	15,3	14,7	+ 5,8
30.04.2006	20,2	7,9	7,9	+ 4,7
31.12.2005	17,8	21,7	18,5	+ 3,9

Unter „Bruttobelastung“ ist der Betrag zu verstehen, den der Kreis mit den Städten und Gemeinden nach dem bestehenden Vertrag abzurechnen hätte. Die Tabelle zeigt also den Fehlbetrag des Kreishaushaltes in diesem Aufgabenfeld (Unterabschnitt 4820) ohne die Erstattung durch die Städte und Gemeinden.

Im laufenden Jahr 2006 rechnet das Sozialamt mit einer Belastung von 26,0 Mio. €, die der Kreis nach Abzug der Einnahmen von der Bundesanstalt und von anderen Zahlungspflichtigen mit den Städten und Gemeinden abrechnen muss. Somit droht erneut eine erhebliche Mehrbelastung einzutreten, selbst dann, wenn die in der ersten Jahreshälfte weiterhin gestiegene Zahl der Bedarfsgemeinschaften bis zum Jahresende wieder zurückgehen sollte.

Der Mehraufwand entfällt mit 6,0 Mio. € auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung, mit 0,1 Mio. € auf die Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und mit 340 T€ auf einmalige Leistungen für die Erstausrüstung von Bekleidung, von Wohnungen und für mehrtägige Klassenfahrten..

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften betrug in diesem Jahr:

am 17.1.2006	9.297
am 16.2.2006	9.463
am 16.3.2006	9.710
am 18.4.2006	9.865
am 16.5.2006	10.012
am 15.6.2006	10.034
am 17.7.2006	9.936
am 16.8.2006	9.440

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**(Zuschussbedarf)**

Stand	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung des erwarteten Zuschussbedarfs Mio. €
31.07.2006	4,8	2,9	2,9	+ 0,5
30.04.2006	4,8	2,1	2,1	- 0,1

Bei den Leistungen der Grundsicherung a.v.E. wird eine Mehrausgabe in Höhe von 660 T€ erwartet.

Die Zahl der Hilfeempfänger ist von Januar 2006 mit 1.395 Personen auf 1.506 Personen im Juni 2006 gestiegen. Die Hochrechnung der Aufwendungen nach dem Stand vom 2.8.2006 ergibt ein voraussichtliches Ergebnis von über 6,0 Mio. € gegenüber dem Ansatz von 5,34 Mio. €.

Bei den mit 770.000 € veranschlagten Hilfen in Einrichtungen können voraussichtlich 110.000 € eingespart werden, so dass insgesamt bei diesen Hilfen mit einem Mehraufwand von 550 T€ zu rechnen ist.

Pflegewohngeld

Stand	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Veränderung Mio. €
31.07.2006	3,4	2,2	2,2	+ 0,3
30.04.2006	3,4	1,3	1,3	+ 0,3

Die Fallzahlen dieser Leistung steigen ständig, gegenüber dem Vorjahr um 9,6 %. Die Prognose vom 30.04.2006 war auch aus heutiger Sicht realistisch.

Jugendhilfe:**(Entwicklung der Jugendamtsumlage)**

	Haushalts- Ansatz Mio. €	Bewirtschaftungs- stand Mio. €	Ist Mio. €	Veränderung des erwarteten Zuschussbedarfs Mio. €
31.07.2006	21,4	19,6	13,4	+ 0,3
30.04.2006	21,4	19,6	10,9	- 0,2

Die zum letzten Berichtstermin ausgewiesene Verbesserung des Zuschussbedarfs für die Jugendamtsumlage muss korrigiert werden.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien rechnet zwar mit Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen i.H.v. 280 T€. Demgegenüber wird jedoch erwartet, dass bei den Landeszuwendungen zu den Betriebskosten für Kindergärten eine Mindereinnahme in Höhe von 680 T€ verzeichnet werden muss. Der dadurch entstehende Fehlbedarf wird durch einige Verbesserungen bei anderen Hilfen mit rund 80.000 € aufgefangen.

Personalkosten: Sammelnachweis 0

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	34,6	24,4	-	10,2	17,5	0,2
30.04.2006	34,6	14,5	-	20,1	9,2	-

Bei den Personalausgaben wird eine Minderausgabe in Höhe von 200 T€ erwartet. Einsparungen bei den Bezügen der Beamten (- 250.000 €) und den Entgelten für tariflich Beschäftigte (- 240.000 €) stehen Mehrausgaben für Sozialversicherungsbeiträge (+ 290.000 €) gegenüber.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:

(ohne innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung einschl. Erstattungen an Städte und Gemeinden für die Landratswahl)

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch verfü- bar Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	12,3	7,3	-	5,0	6,5	+ 0,2
30.04.2006	12,3	4,8	-	7,5	3,9	+ 0,1

Wegen der Vielzahl der Einzelansätze dieser Ausgaben lässt sich eine Prognose nur schwer treffen. Trotz ständiger Bemühungen Mittel einzusparen zeichnet sich weiter eine Überschreitung ab. So wird die Landratswahl Sachkosten von rd. 6 T€ und Erstattungen an die Städte und Gemeinden von rd. 170 T€ verursachen.

Zinsen für Kredite:

Die schlechte Liquiditätslage der Kreiskasse ist in erster Linie bedingt durch die hohen Vorleistungen im Bereich der Ausgaben nach dem SGB II.

Kassenkreditstand

am	01.01.2006	8,7 Mio. €
am	01.02.2006	8,1 Mio. €
am	01.03.2006	9,1 Mio. €
am	01.04.2006	5,9 Mio. €
am	30.04.2006	9,4 Mio. €
am	01.06.2006	9,1 Mio. €
am	01.07.2006	5,5 Mio. €
am	31.07.2006	5,5 Mio. €

Die Zinsen für Kassenkredite steigen mit der Höhe der erforderlichen Aufnahmen. Der Ansatz von 45 T€ wird voraussichtlich um 105 T€ überschritten. Auch bei den Zinsen für langfristige Kredite wird es zu Mehrausgaben kommen, weil die in der Planung für das Ende des Haushaltsjahres vorgesehenen Kreditaufnahmen bereits Anfang des Jahres aufgenommen werden mussten. Teilweise, und zwar in Höhe von rd. 80 T€, werden diese Mehrausgaben durch niedrigere Zinssätze, die im Rahmen von Umschuldungen vereinbart werden konnten, ausgeglichen.

Landschaftsumlage:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestel- lungen Mio. €	noch verfü- bar Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	41,0	24,0	-	17,0	24,0	+ 0,2
30.04.2006	41,0	13,9	-	27,3	13,7	+ 0,2

Nach der Festsetzung der Umlagegrundlagen beträgt die Umlage 41.224.735 €. Dies führt zu einer Überschreitung des Haushaltsansatzes um 224.735 €.

1.3 Haushaltsausgabereste

Verwaltungshaushalt	übertragene Haushaltsreste €	Bewirtschaftungs- stand 31.07.2006 €
Sachkosten (Gr. 5/6)	597.777,24	239.756,71
Zuwendungen	423.383,68	414.360,96
Budget Schulen	23.216,46	0,00
Summe	1.044.377,38	654.117,67

2. Entwicklung des Vermögenshaushaltes

2.1 Einnahmen

Zuweisungen und Zuschüsse:

Stand	Haushalts- ermächtigung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	5,4	1,9	3,5	1,3	-0,1
30.04.2006	5,4	0,7	4,7	0,7	-0,2

Es zeichnet sich ab, dass wegen geringerer Einnahmen auch weniger Ausgaben anfallen werden. (Siehe unten 2.2. Bauausgaben)

2.2 Ausgaben

Bauausgaben:

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- änderung Mio. €
31.07.2006	5,9	1,0	-	4,9	1,0	-0,2
30.04.2006	5,9	0,1	-	5,8	0,1	-0,2

Die Minderausgaben ergeben sich bei den Landschaftsplänen.

Erwerb von bewegl. Anlagevermögen:

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- Änderung Mio. €
31.07.2006	1,1	0,1	-	1,0	0,1	-
30.04.2006	1,1	0,1	-	1,0	0,1	-

Bisher sind keine Abweichungen erkennbar.

Zuweisungen und Zuschüsse:

Stand	Haushalts- Ermächti- gung Mio. €	Bewirtschaf- tungsstand Mio. €	Bestellun- gen Mio. €	noch ver- fügbar Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- Änderung Mio. €
31.07.2006	1,2	0,1	-	1,1	0,1	-0,2
30.04.2006	1,2	0,0	-	1,2	0,0	-

Minderausgaben werden bei den Haushaltsstellen 3600.9820.0000 – Zuwendung für Ersatzmaßnahmen an die Städte Ahlen und Beckum – in Höhe von 50 T€ sowie 4640.9880.0000 – Zuschüsse für Tageseinrichtungen freier Träger- in Höhe von 133 T€ erwartet.

2.3 Verpflichtungsermächtigungen

Die in der Haushaltssatzung mit einem Betrag von 2.805.000 € festgesetzten Verpflichtungsermächtigungen (VE) wurden bisher noch nicht in Anspruch genommen. Sie stehen bereit für folgende Maßnahmen:

- Erwerb von Anlagevermögens für die Informationstechnik 150.000 €
- Fahrzeuge und Geräte für Bauhöfe 215.000 €
- Radwegebau 500.000 €
(davon 250 T€ zu Lasten des Haushaltsjahres 2008)
- Ausbau Radweg K 4 Ahlen/Sendenhorst 1.000.000 €
(in voller Höhe zu Lasten des Haushaltsjahres 2008)
- Umsetzung Wersekonzept 30.000 €
- Projektförderung Werseradweg 110.000 €
- Kapitalerhöhung FMO 800.000 €
(davon 400 T€ zu Lasten des Haushaltsjahres 2008)

Der Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung des FMO hat der Kapitalerhöhung zugestimmt.

2.4 Haushaltsausgabereste

Vermögenshaushalt	Haushaltsreste aus Vorjahren €	Bewirtschaftungsstand 31.07.2006 €
Erwerb von Grundstücken	91.583,53	40.092,33
Erwerb von bewegl. Vermögensgegenständen	813.254,22	322.687,73
Baumaßnahmen	2.349.492,53	889.391,29
Zuwendungen	2.036.012,37	47.858,43
Summe	5.290.342,65	1.300.029,78

Entwicklung der allgemeinen Rücklage und der Schulden

2.5 Allgemeine Rücklage

	Haushalts-Ansatz Entnahme · Mio. €	Zugang Mio. €	tats. Abgang Mio. €	Bestand 31.07. Mio. €	Bestand 31.12. Mio. €	Mindestbestand gem. § 20 Abs.2 GemHVO Mio. €
2006	1,1	-	-	0,7	0,0	3,4
2005	3,4	-	2,8	-	0,7	3,2
2004	0,5	2,5	0,5	-	3,6	3,1
2003	1,4	-	0,4	-	1,6	3,1
2002	4,5	0,0	2,5	-	2,0	3,0
2001	1,5	0,2	0,0	-	4,2	2,9
2000	1,1	1,8	-	-	4,2	2,9

Bei Planung und Aufstellung des Haushaltes 2006 wurde davon ausgegangen, dass es gelingen würde, im Haushalt 2005 eine Einsparung von rd. 1,0 Mio. € zu erreichen, um die Allgemeine Rücklage in diesem Umfang zu „schonen“. Das Ziel konnte teilweise erreicht werden, im Jahresabschluss 2005 konnte auf eine Entnahme im Umfang von 586 T€ verzichtet werden.

Damit blieb ein Bestand von 687 T€ erhalten. Soweit der veranschlagte Betrag von 1,1 Mio. € planmäßig zur Deckung des Vermögenshaushaltes 2006 erforderlich wird, ist die Differenz auf andere Weise zu finanzieren. Dabei kann wegen der Entwicklung im Sozialetat wohl nicht mehr darauf gehofft werden, diese Mittel im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften.

2.6 Verschuldung

Kreditaufnahme:

Stand	Haushalts- ansatz Mio. €	Anordnungs- soll Mio. €	noch zu ver- einnahmen Mio. €	Ist Mio. €	Erwartete Ver- Änderung Mio. €
31.07.2006	2,0	2,0	-	2,0	-
30.04.2006	2,0	0,0	2,0	0,0	-

Die Haushaltssatzung 2006 ermächtigt zur Aufnahme von Krediten von 1,970 Mio. €. In gleicher Höhe sollen die ordentlichen Tilgungsleistungen im Haushalt erwirtschaftet werden, so dass sich keine Netto-Neuverschuldung ergeben wird. Bereits zu Beginn des Jahres wurde ein Kredit aus dem Haushaltseinnahmerest aus dem Jahr 2005 in Höhe von 1,8 Mio. € sowie im Juni ein Kredit i.H.v. 1,970 Mio. € aufgenommen. Damit ist die Ermächtigung zur Kreditaufnahme für dieses Jahr ausgeschöpft.

Schulden:

Jahr	Stand Jahres- anfang Mio. €	Zugang Mio. €	Abgang (Tilgung) Mio. €	neuer Stand 31.07. Mio. €
2006	35,5	3,8	1,0	38,3
2005	35,7	1,6	1,8	
2004	35,4	2,0	1,7	
2003	32,2	4,9	1,7	
2002	32,2	1,5	1,5	
2001	33,7	-	1,5	
2000	35,1	-	1,4	

Bei planmäßiger Tilgung im 3. und 4. Quartal des Haushaltsjahres wird der Schuldenstand am 31.12.2006 noch 37,3 Mio. € betragen.

Bewertung des Zwischenberichtes

Die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes öffnet sich weiter. Während das erwartete Defizit zum 30.04. noch 700 T€ betrug, muss jetzt mit einer Finanzierungslücke von bis zu 2,4 Mio. € gerechnet werden. Ursachen sind die gravierenden Steigerungen bei den Hilfen für die Gesundheit, bei der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und dem Pflegegeld.

Bei den Hilfen zur Gesundheit sind auch bei anderen Kreisen des Landes ähnliche Steigerungsraten eingetreten. Aus diesem Grunde hat der Landkreistag eine Umfrage angestellt, deren Ergebnis von Interesse sein wird.

Darüber hinaus werden erhebliche Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 6,4 Mio. € für die Leistungen des Kreises für die Grundsicherung für Arbeitssuchende - SGB II - erwartet, die von den Städten und Gemeinden im Rahmen der vertraglichen Regelung zu erstatten sind (5,1 Mio. € zuzüglich der Nachzahlung für 2005 in Höhe von rd. 700 T€ = 5,8 Mio. €)

Allerdings ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in den Monaten Juli und August 2006 gesunken, so dass die Mehrausgaben auch unter den zur Zeit prognostizierten Mehrausgaben liegen können, wenn sich diese Entwicklung fortsetzen sollte.

Die Ausgleichsleistung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes ist mit 2,0 Mio. € im Budget des Sozialamtes veranschlagt. Die Zahlung soll in 2 Raten erfolgen. Die erste Rate soll nach Auskunft der Bezirksregierung Münster zum 31.08.2006 gezahlt werden, die 2. Rate ist zum 30.11.2006 zu erwarten. Die Höhe der Leistung war bis zur Drucklegung dieses Berichtes nicht bekannt.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist nicht ersichtlich, wie der Haushaltsausgleich herbeigeführt werden kann.

Der Kämmerer hat mit einem Zwischenbericht einen Appell an die Budgetverantwortlichen gerichtet, die Haushaltsermächtigungen nur äußerst restriktiv in Anspruch zu nehmen, dies vor allem bei den Sachkosten zu berücksichtigen und die noch zur Verfügung stehenden Haushaltreste, wenn möglich, einzusparen.

Etat-Eckwerte 2006
(Stand: 31.07.2006)

Haushaltsstelle/ Grupp.ziffer/ Unterschnitt/ Sammelnachweis	Bezeichnung	RE 2005		Anteil an den Gesamt- einnahmen / -ausgaben 2006		Anordnungs- soll 2006		nachrichtlich:	
		- T € -	- T € -	- % -	- % -	- T € -	- T € -	Prognose 31.12.2006	Bemerkungen
VWH									
Gr. 0-2	Volumen VWH Einnahmen	186.078	181.071	100,0		160.628	188.238	188.238	1st:108.432
Gr. 4-8	Volumen VWH Ausgaben	186.078	181.071	100,0		135.108	190.672	190.672	1st: 106.250
Einnahmen									
9000.0410.0000	Schlüsselzuweisungen	21.538	21.500	11,9		12.922*	20.675	20.675	* Ist
9000.0720.0000	Allgemeine Kreisumlage	71.548	74.700	41,3		43.576*	74.710	74.710	* Ist
9000.0720.0001	Jugendamtumlage	20.396	20.500	11,3		12.034*	20.635	20.635	* Ist
9000.0920.0000	Ausgleichsleistung aus der Umsetzung der Grundsicherung f. Arbeitssuchende	2.012	2.000	1,1		0,00	2.000	2.000	
Gr. 10, 11	Gebühren	14.359	14.178	7,8		10.289	14.327	14.327	Elternbeiträge + 280 T€
4640.1710.0000	Landeszw. zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen	7.824	8.600	4,7		4.582	7.918	7.918	
4820.1620.0000	Erstattung der Kosten nach dem SGB II	17.543	20.150	11,1		15.281	26.000	26.000	
4820.1910.0000	Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung	8.651	8.200	4,5		5.454	9.500	9.500	
Summe		163.871	169.828	93,8		104.138	175.765	175.765	
Ausgaben									
SN 0	Persönliche Ausgaben	33.356	34.600	19,1		24.412	34.400	34.400	
SN 1	Unterh. u. Bewirtsch. d. Grundst. u. Geb.	3.299	3.422	1,9		2.133	3.454	3.454	
Gr. 639	Schülerbeförderungskosten	1.248	1.236	0,7		680	1.289	1.289	
4550.7700.0000	Unterbringung in Heimpflege	3.708	3.600	2,0		1.988	3.510	3.510	
4640.7120.0000	Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen	20.728	21.475	11,9		13.226*	21.475	21.475	* Ist
4100.7300.0001	Leistungen zum Lebens- unterhalt a.v.E.	813	700	0,4		387	700	700	
4120.7300.0000	Eingliederungshilfe a.v.E.	674	770	0,4		723	1.200	1.200	
4130.7300.0000	Hilfen zur Gesundheit a.v.E.	590	250	0,1		364	1.150	1.150	
4820.6913.0000	Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung	20.713	28.080	15,5		19.129	34.100	34.100	
9100.8060.0000	Zinsen für aufgenommene Kredite								
9100.8070.0000	bei öffentl. u. priv. Kreditinstituten	1.750	1.795	1,0		876*	1.720	1.720	* Ist
9000.8320.0000	Landchaftsumlage	39.767	41.000	22,6		24.048*	41.225	41.225	* Ist
Summe		126.646	136.928	75,6		86.879	144.223	144.223	

Haushaltsstelle/ Grupp.ziffer/ Unterabschnitt/ Sammelnachweis	Bezeichnung	RE 2005 - T € -	Ansatz 2006 - T € -	Anteil an den Gesamt- einnahmen / -ausgaben 2006 - % -	Anordnungs- soll 2006 - T € -	Prognose 31.12.2006 - T € -	nachrichtlich: Bemerkungen
Zuschussbedarfe							
UA 4100-4140, 4800	Örtl. Träger der SH	8.556	9.218	-	5.424	10.861	Ist: 5.598
UA 4070-4810	Entwicklung der Jugendamtsumlage	21.085	21.413	-	19.624	21.740	Ist: 13.422
4700.7180.00009	Pflegewohngehalt	3.562	3.400	-	2.196	3.700	Ist: 2.214
UA 4850	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4.833	4.825	-	2.887	5.449	Ist: 2.887
VMH							
Gr. 3	Volumen VMH Einnahmen	17.393	19.009	100,0	9.066	18.873	Ist: 8.474
Gr. 9	Volumen VMH Ausgaben	17.393	19.009	100,0	8.494	18.814	Ist: 7.581
Einnahmen							
Gr. 301	Allgemeine Zuführung	1.828	1.970	10,4	0	2.010	
Gr. 310	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	2.840	1.110	5,8	0	1.110	Mindereinn. i.H.v. 136 T€ bei Zuw. zu Landschaftsplänen
Gr. 36	Zuw. u. Zuschüsse für Inv. u. Inv. förderungsmaßnahmen	5.796	5.393	28,4	1.897	5.257	
9100.3770.0000	Kreditaufnahmen bei öffentl. u. priv. Kreditinstituten	1.828	1.970	10,4	1.970	1.970	
9100.3760.0000		4.519	8.185	43,1	4.913	8.185	
9100.3761.0000	Umschuldungen	16.811	18.628	98,0	8.780	18.532	
Ausgaben							
Gr. 9350	Erwerb von bewegl. Sachen des Anlagevermögens	958	1.129	5,9	111	1.129	
Grupp. 94	Baumaßnahmen	254	773	4,1	83	773	
4640.9820.1000		0	133	0,7	0	0	
4640.9880.2000	Zuwendungen für Tageseinrichtungen	182	390	2,1	13	195	Minderausg. korrespondierend zu Mindereinn.
3600.9500.	Ausführung von Landschaftsplänen	3.598	4.450	23,4	948	4.450	
6500.9500.	Kreisstraßen	642	649	3,4	0	649	
7920.9870.0000	ÖPNV-Fahrzeugförderung	2.739	0	0,0	0	0	
9100.9010.0000	Allgemeine Zuführung zum Verw.haush.	1.828	1.970	10,4	954*	2.010*	Ist
9100.9770.0000	Ordentliche Tügung	4.519	8.185	43,1	4.913	8.185	
9100.9761.0000		14.720	17.679	93,0	7.022	17.391	
9100.9771.0000	Umschuldungen						
Summe							



